

Zur aktuellen Strategiedebatte der LINKEN

Ein Diskussionsangebot von Joachim Bischoff und Björn Radke 20.4.2011

DIE LINKE hat an politischem Terrain verloren. Die unbefriedigenden Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ordnen sich in eine bundesweite Tendenz der Schwächung ein. Seit dem sehr guten Bundestagswahlergebnis von 11,9% in 2009 ist ein Rückgang der politischen Verankerung zu verzeichnen.

Hinzu kommt: Die Welt um die LINKE herum verändert sich in geradezu atemberaubendem Tempo.

- Während in Deutschland zumindest in der medialen Öffentlichkeit der Eindruck vorherrscht, als sei die Jahrhundertkrise durch einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung überwunden, verdichten sich in anderen Teilen Europas ökonomische, arbeitsmarkt- und fiskalpolitische Krisenprozesse – verschärft durch ein rigides Austeritätsregime (Spar- und Kürzungspolitik) sowie das Anwachsen rechtspopulistischer Parteien.
- Die arabische Welt befindet sich in einem weitreichenden Umbruch – inklusive eines Angriffskrieges auf Libyen.
- In Japan hat der atomare GAU von Fukushima die Umwelt- und Energiepolitik noch eindringlicher auf die globale Tagesordnung gesetzt.

DIE LINKE steht vor der Herausforderung, sich die Verschiebungen in der politischen Tektonik national, europäisch und international bewusst zu machen. Im Rahmen einer selbstkritischen Analyse sollte sie sich über Korrekturen und Weiterentwicklungen ihrer Strategie verständigen.

Trotz der medialen Fokussierung auf eine einengende Personaldiskussion, ist ein Diskussionsprozess in Gang gekommen: Dabei konzentrieren sich die verschiedenen Beiträge um die veränderte Rolle der Grünen und einer damit verbundenen „breiteren Aufstellung“ der LINKEN. Wir meinen, dass diese Beiträge einer kritischen, solidarischen Auseinandersetzung bedürfen, um aus den gegenwärtigen konfrontativen Zuspitzungen herauszukommen.

»Grüne Hegemonie«?

Ein wichtiges Argument in der aktuellen Debatte: wir seien mit der Herausbildung einer Hegemonie der grünen Partei konfrontiert, dem die LINKE Rechnung tragen sollte. Dies greift zu kurz, auch wenn die deutsche Innenpolitik stark unter dem Eindruck der atomaren Katastrophe in Japan steht. *„Seit Fukushima ist die Unterstützung für die Grünen erneut auf über 20 Prozent angestiegen – aktuell liegen sie bei 23 Prozent –, die für die CDU auf knapp 32 Prozent abgesackt. Nur ein Teil dieser Entwicklung hat sich unmittelbar nach Fukushima vollzogen. Der Machtverlust der CDU in Baden-Württemberg und der spektakuläre Erfolg der Grünen verstellen teilweise den Blick darauf, dass sich die CDU in Baden-Württemberg bereits seit Herbst 2010 in der engen Bandbreite zwischen 38 und 41 Prozent bewegte, die Grünen zwischen 20 und 29 Prozent. Fukushima hat letztlich nur die allerdings wahlentscheidende Verschiebung von zwei bis drei Prozentpunkten beeinflusst.“* (Renate Köcher, Allensbach)

Der aktuelle Aufstieg der ökologischen Partei hat neben den dramatischen Ereignissen in Japan auch etwas mit der relativen Entkrampfung in den realwirtschaftlichen Strukturen in

Deutschland zu tun. Die Jahrhundertkrise scheint überwunden und im Alltagsbewusstsein großer Bevölkerungsteile in den Hintergrund gedrängt zu sein.

Die Entwicklung der Grünen ist eine besondere Ausdrucksform des Zerfalls der Hegemonie des bürgerlichen Lagers und der anhaltenden Krise der Sozialdemokratie. Dieser Zerfall drückt mehr aus als nur einen Schwenk in der Energiepolitik. Die FDP, die bei der Bundestagswahl noch ein Ergebnis von 14,6% erreichte, hat seither rund 80% ihrer WählerInnen verloren. Sie war der eigentliche Hort des organisierten Neoliberalismus in der Berliner Republik. Nun ist die Zukunftslosigkeit dieses programmatisch-ideologischen Fundaments offenbar geworden.

Das Zukunftsprojekt der Grünen ist der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft, wobei die soziale Komponente – etwa bei der Bekämpfung von sozialer Spaltung und gesellschaftlicher Ungleichheit – keine zentrale Rolle einnimmt. Größeres Gewicht wird auf die Sanierung der öffentlichen Finanzen gelegt.

Sozialabbau und Deregulierung hinterlassen nachhaltige Spuren: Der Verdross schlägt sich – wie wir in den europäischen Nachbarstaaten sehen – in zunehmend ausgrenzender Sozialstaatlichkeit und wachsenden Ressentiments gegenüber ethnischen, sozialen und kulturellen Minderheiten nieder. Die Stärkung rechtspopulistischer Strömungen ist die Folge. So kommt es zu dem auf den ersten Blick paradoxen Zusammentreffen einer Delegitimierung von Systemversprechen des Kapitalismus und einer Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa nach Rechts mit zunehmender Aufladung antizivilisatorischer Ressentiments.

Allerdings sehen wir die reelle Chance, dass die Grünen durch direkte Regierungsbeteiligung oder indirekten gesellschaftlichen Druck einen ökologischen Umbau der kapitalistischen Produktionsstrukturen voranbringen. Wir teilen aber nicht die Vorstellung, dass ein solches Innovations- und Reformprogramm einen vergleichbaren Charakter haben kann wie der New Deal der 1930er Jahre, aus dem eine langjährige Prosperitätskonstellation samt Umwälzung der gesamten Lebensweise – und damit eine neue soziale und kulturelle Basis für Hegemonie – hervorging.

- DER LINKEN kann es nicht darum gehen, den Grünen die politische Ökologie als Thema abnehmen zu wollen.
- DIE LINKE sollte sich dafür engagieren, ein dialogorientiertes Verhältnis zu den sozialen Bewegungen und Aktivisten aufzubauen, die sich jetzt wieder verstärkt auf die Grünen beziehen. Der in vielen und auch kontroversen Positionen – auch innerhalb der LINKEN – unterstellte Aufschwung des Kapitalismus über eine mittelfristige Periode und damit eine längerfristige Stabilität der grünen Formation ist weder empirisch noch theoretisch begründet.
- DIE LINKE sollte ihre Aufmerksamkeit weiterhin auf die Unsicherheitsfaktoren richten, die vor allem aus den fehlenden Regulierungen der Finanzmärkte und den überbordenden Vermögensansprüchen resultieren.
- Die LINKE kann selbstbewusst den sozial-ökologischen Umbau – auch durch eigene Vorschläge und Projekte – unterstützen; ihr eigentliches Terrain bleibt die Ausweitung des grundlegenden Politikwechsels auf die Aufhebung der gesellschaftlichen Verwerfungen im Innern der Gesellschaft wie in der europäischen Konstruktion.

In den letzten Jahren wurden gerade in Deutschland die finanziellen Ressourcen des Staates massiv abgebaut und damit seine Möglichkeiten, die Zukunft aktiv zu gestalten. Unverzicht-

bare öffentliche Aufgaben können ohne beständige und dauerhafte Schuldenaufnahme finanziert werden, wenn die Besserverdienenden und Vermögenden ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zu ihrer Finanzierung herangezogen werden.

Eine Perspektive für DIE LINKE: Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Die neoliberale Politik der radikalen Stärkung des Privateigentums als Antwort auf Wachstums- und Strukturprobleme der modernen kapitalistischen Staaten ist gescheitert. Statt einer neuen Dynamik in der Realakkumulation hat das nur zu einer beschleunigten Schuldenakkumulation geführt.

DIE LINKE sollte ihre Ressourcen darauf konzentrieren in der Öffentlichkeit dafür zu werben, dass in einem umfassenden Projekt der Demokratisierung der Wirtschaft die Chance zur Bündelung des Protestes gegen die neoliberale Deformation des regulierten Kapitalismus bestehen kann. In einem solchen Projekt wären Akteure aus den Orten gesellschaftlicher Wertschöpfung (Stichwort Gewerkschaften), aus verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft (soziale Bewegungen) und aus dem politischen Feld selbst einbezogen und können gegenseitige politische Lernprozesse gestärkt werden.

Mit diesem programmatischen Selbstverständnis ist ein strategisches Handlungskonzept verbunden, dem im politischen Alltag erst noch Akzeptanz verschafft werden muss. Dazu ist erforderlich, dass sich unterhalb des professionellen politischen Feldes eine möglichst breite Sensibilität gegen die massive und sich verfestigende soziale Asymmetrie und Ausschließung quer durch alle unterschiedlich betroffenen Gruppen herausbildet. Nur dies befördert die Handlungsfähigkeit der betroffenen sozialen Akteure selbst und ihre Kompetenz, Übergangsforderungen zu einem Politikwechsel hin zu einer solidarischen Ökonomie zu bündeln und zunächst unabhängig von den parteipolitischen Positionierungen einzufordern.

Damit ist auch gesagt, dass die gesellschaftlichen Entwicklungspfade nicht allein durch DIE LINKE gesetzt werden können.

DIE LINKE hat es aber in der Hand, gegenüber einer kurzfristigen ökonomischen Erholung sensibel für die tiefer liegenden sozialen Ungerechtigkeiten zu bleiben, sich von diesem Protestpotenzial für die eigene politische Arbeit inspirieren zu lassen und so die politische Repräsentanz von Lohnarbeit, Prekarisierung und Ausgrenzung zugleich – unabdingbarer Bestandteil einer zivilgesellschaftlich verankerten und zugleich politikfähigen Mosaik-Linken – befördern zu können, unabhängig möglicher politischer Rochaden von Schwarz-Grün oder Rot-Grün.

Die Alternative zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus läuft also nicht einfach nur auf die gesellschaftliche Kontrolle des Banken- und Finanzsystems hinaus, sondern unterstellt einen weitreichenden Prozess gesellschaftlicher Reformen von der sozialen Sicherheit bis hin zur Steuer- und Vermögenspolitik.

Mit so einer Positionierung könnte es gelingen, die Grünen und die Sozialdemokratie zu stellen, der Forderung nach einem Politikwechsel eine eigenständige Kontur zu geben und den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit eines Korrektivs von Seiten der Partei DIE LINKE plausibel zu machen.